

Attac Niederrhein Papers

20 Jahre attac Niederrhein
in Bewegung (2002-2022)



Eine andere Welt ist möglich!
... wir arbeiten dran!



<https://www.attac-netzwerk.de/niederrhein/startseite>



ATTAC Niederrhein 2002 - 2022

Dass aus dem zaghaften, wenn auch engagierten Anfang 2002 eine 20-jährige politische Arbeit würde, die sich am Niederrhein etabliert und bei allem Auf und Ab doch auch Erfolge zu verzeichnen hat - wer hätte das gedacht?

Durchaus mit einem gewissen Stolz blicken wir, die aktive Gruppe von Attac Niederrhein, auf unsere zurückliegende Arbeit. Mit Sonderveranstaltungen am 10. und 24. September feiern wir das Erreichte und in diesem Heft möchten wir davon berichten.

In 20 Jahren politischer Aktion passiert natürlich so viel, dass es diese Schrift sprengen würde. Deshalb geben wir nur einen ausgewählten kurzen Überblick, der beispielhaft unser Engagement darstellt und mit Fotos illustriert.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und hoffen gleichzeitig, Euer Interesse zu wecken für die gesellschaftlich relevanten Themen. Wir sollten unsere Welt nicht den bezahlten Politikern überlassen, sondern uns immer wieder einmischen, wo die Probleme größer sind als die Lösungsangebote unserer Regierenden.

Bärbel, Christa, Gudrun, Harald, Heike, Klaus und Norbert

Freihandelsabkommen ... hört sich gut an!

... weil die drei Begriffe - FREI - HANDEL - ABKOMMEN - positiv besetzt sind

zu 1. Wer soll frei werden? Die Konzerne in den vertraglich verpflichteten Ländern. Nicht die beteiligten Staaten oder gar deren Bürger/Konsumenten*innen.

zu 2. Die handelnden Konzerne sollen vor Zugriffen der beteiligten Staaten geschützt werden. Dies diente ursprünglich dem Ziel, dass Investitionen von entwickelten Staaten in Entwicklungsländern geschützt waren. Ein frühes Abkommen war das zwischen der BRD und Pakistan von 1959.

zu 3. Die aktuellen Abkommen haben sich aber dahin entwickelt, dass demokratische Staaten in ihrem Handeln eingeschränkt werden können. Ein durch parlamentarische Mehrheitsentscheidung beschlossenes Gesetz kann die Gewinnerwartung eines Konzerns aus einem beteiligten Staat reduzieren.

Beispiel 1: Staat A beschließt ein weitgehendes Rauchverbot. Die Tabakindustrie des Staates B befürchtet Gewinneinbußen, da der Zigarettenabsatz zurückgehen wird.

Beispiel 2: Staat C lässt den Betrieb von Kernkraftwerken auslaufen. Ein AKW-Betreiber des Staates D deklariert Gewinneinbußen, da die kalkulatorische Restlaufzeit seiner Kraftwerke über das staatlich beschlossene Betriebsende hinausgehen würde.



Logo der Initiative „TTIP Unfairhandelbar
Wesel“ ab 2013

Es kann also nicht ausgeschlossen werden, dass die Parlamente/Regierungen der handelnden Staaten allein deshalb kein Rauchverbot oder Kernkraftende beschließen, weil sie vermutlich sich dies „nicht leisten“ können.

Der sich aus diesem staatlichen Handeln ergebende Konflikt, z. B. über die Höhe der Entschädigungszahlung, soll nicht vor einem ordentlichen Gericht (mehrere Anwälte – ein Richter) sondern vor einem sog. Schiedsgericht (nur Anwälte, häufig in New York) geklärt werden. Grundlage sind nicht Gesetze, sondern Vertragsinhalte. Oberstes Ziel: Wegfall der Zölle, Vorteil für Konzerne, Nachteil für den Staatshaushalt.

Beispiele für Freihandelsabkommen:

TTIP USA-EU [Transatlantische Handels-(Trade) und Investitions-Partnerschaft]: Ist (noch) nicht in Kraft. Bedenken in einigen EU-Staaten, Ablehnung durch Trump. Begleitet durch Begriffe wie Chlorhühnchen, Hormonfleisch und Genmais.

CETA Kanada-EU [(C)Kanada-EU Handels-(Trade) Freihandels-Abkommen]: Nachdem die belgische Wallonie ihren Widerstand aufgegeben hatte, ist es vorläufig in Kraft getreten. Es ist von einigen Parlamenten noch nicht ratifiziert worden. Begleitet von der Furcht, dass US-Konzerne durch Zweigniederlassungen in Kanada TTIP durch die „Hintertüre“ einführen.

EU-Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay): Nicht in Kraft getreten. Grundüberlegung ist die Abnahme garantierter Mengen von Agrargütern durch die EU bei gleichzeitigem Wegfall aller

Einfuhrzölle von Gütern aus der EU. Der Schutz indigener Völker, des Pantanals (Feuchtgebiet) oder des Amazonasbeckens ist nicht zu erwarten.

RCEP Asien/Ozeanien: Die 10 relativ kleinen ASEAN Staaten verbünden sich mit der VR China und den Demokratien Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland; ohne Indien.

Welche Werte, außer dem Geld, verbindet diese Staaten?

Binding Treaty:

Ein verbindlicher Handelsvertrag zum Schutz von Mensch und Umwelt muss her!

Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza (Bangladesh), Morde in den Kohleabbaugebieten Kolumbiens, Brandrodung von indonesischem Regenwald, ... - Im Zusammenhang mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und Umweltschutz im Rahmen des globalen Handels waren und sind bei uns unter dem Motto "Menschenrechte vor Profit" auch immer wieder entsprechende "Binding Treaties" (verbindliche [Handels-]Verträge) Thema.

Auf UN-Ebene wird schon seit den 70er-Jahren versucht, entsprechende Verträge auszuhandeln, jedoch bisher aufgrund von Widerständen auch aus Deutschland ohne Erfolg. Im Juni 2021 hat sich aber zumindest in Deutschland mit dem Lieferkettengesetz, welches 2023 in Kraft treten soll, etwas bewegt, wenn auch noch völlig unzureichend. Wirksame Verbesserungen könnten durch ein Lieferkettengesetz auf EU-Ebene kommen; ein Entwurf der EU-Kommission vom Februar 2022 geht hier zwar weiter als das deutsche Lieferkettengesetz, wurde bisher (Stand: August 2022) jedoch noch nicht vom EU-Parlament verabschiedet und geht ebenfalls nicht weit genug:



attac-Aktion für verbindliche Handelsverträge, 2019 Wesel

"Für den großen Wurf müsste die EU aber die heißen Eisen konsequenter anfassen: Sorgfaltspflichten nicht nur für ein Prozent der Unternehmen. Klare klimabezogene Pflichten in der Lieferkette. Und eine Haftungsregelung ohne Schlupflöcher, die endlich Gerechtigkeit für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen schafft." (Pressestatement des zivilgesellschaftlichen Bündnisses "Initiative Lieferkettengesetz" vom 23.02.2022).

Steuergerechtigkeit

Für die allermeisten Menschen war und ist die Corona-Krise eine große finanzielle Belastung. Für einige wenige jedoch war sie ein extrem gutes Geschäft: Neue Zahlen belegen, dass Milliardäre und Milliardärinnen weltweit ihre Vermögen im ersten Coronajahr um fünf Billionen Dollar (mehr als vier Billionen Euro) steigern konnten. Dass auch die Vermögen in Deutschland ungleich verteilt sind, ist nicht neu. Der DGB stellte in seinem Verteilungsbericht 2021 fest: „Das gesamte Nettovermögen in Deutschland hat sich seit der Jahrtausendwende nahezu verdoppelt.



attac-Niederrhein nach der Bankenkrise 2010 in Xanten

Die Vermögen sind in Deutschland extrem ungleich verteilt. Die reichsten 10 % der Bevölkerung verfügen über 65 %, das wohlhabendste 1 % über mehr als 30 % des Gesamtvermögens. 50 % der Erwachsenen haben so gut wie kein Vermögen oder haben gar Schulden.“

In Krisen werden besonders diejenigen hart getroffen, die ohnehin nicht gut gestellt sind. Immer mehr Menschen brauchen in der Krise Unterstützung. Laut aktuellem Paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote 2021 in Deutschland mit 16,6 Prozent (rechnerisch 13,8 Millionen Menschen) einen neuen Höchststand erreicht.

Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich und deren negative Folgen erfordert eine angemessene Besteuerung großer Vermögen. Große Vermögen, sehr hohe Einkommen, Erbschaften und Schenkungen tragen bislang zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Zwischen 1998 und 2015 wurden die reichsten 30 Prozent der Bevölkerung steuerlich entlastet, während die unteren 70 Prozent mehr Steuern zahlen mussten. Bei Vermögen und Erbschaften bildet Deutschland eine Steueroase. Je höher die Erbschaften oder Schenkung, umso niedriger werden die real gezahlten Steuersätze. Das ist der gesetzlichen Steuertabelle, die eigentlich dem Prinzip höhere Steuern auf höhere Einkommen folgt, genau entgegengesetzt.

Attac Niederrhein hat in den letzten 20 Jahren zahlreiche Veranstaltungen, Bildungsreihen und Aktionen durchgeführt, bei der die Forderung nach Besteuerung von Vermögenden eine maßgebliche Rolle gespielt hat. Nicht umsonst trägt der Name „attac“ (association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens) auch die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer in sich. Schon 2008 entstand eine Dokumentation, die sich mit den Vermögensverhältnissen am Niederrhein beschäftigte. Unser Fazit damals: „Die Spaltung der Gesellschaft wird feudal“.

Aktuell organisiert attac-Niederrhein eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Wer zahlt?“. Eine erste Veranstaltung, die sich mit den durch die Krise gebeutelten Bereichen Gastgewerbe, Handel und der Friseur*innenbranche beschäftigte, fand im Mai 2022 statt. Des Weiteren arbeitet Klaus Kubernus-Perscheid bei der bundesweiten Kampagnengruppe zur Erbschaftssteuer aktiv mit.

Jenseits des Wachstum

Die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 ist noch lange nicht vorbei. Schritt für Schritt ziehen die Folgen immer größere Kreise: Verschuldungsspirale, Staatskrisen, Ausverkauf der öffentlichen Infrastruktur. Doch eine angemessene Aufarbeitung der Ursachen ist bisher ebenso ausgeblieben wie eine wirkliche Kurskorrektur. Gewinne werden weiterhin privatisiert und Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt. Finanzakteure spekulieren exzessiver denn je und die Regierungen schauen zu. Reguliert wird nur mit Worten, aber es folgen keine Taten.

Auch der deutsche Staat rutscht während der Krise tief ins Minus. Täglich verkündet die Regierung neue Milliardenausgaben, um die ökonomischen Folgen der Corona-Epidemie aufzufangen. Das Defizit könnte am Ende 500 Milliarden Euro betragen. Jetzt kommen erhebliche Ausgaben für die Aufrüstung und die Inflationsbekämpfung hinzu. Diese Summen kann sich der deutsche Staat auf Dauer nur leisten, wenn die Zinsen niedrig bleiben und das wirtschaftliche Wachstum nach der Krise wieder anspringt.

Ein wachstumsorientiertes Wirtschaftssystem geht aber immer auf Kosten von Mensch und Umwelt. Ein grünes Wachstum ist eine Illusion. Auch die Corona-Pandemie ist nicht aus dem Nichts entstanden, sondern lässt sich vor allem auf die Zerstörung von Ökosystemen zurückführen. Wenn wir weiter wirtschaften wie bisher, wird es bis zur nächsten Krise nicht mehr lange dauern.

Der immer offensichtlicher werdende Klimawandel und die soziale Spaltung unserer Gesellschaft haben in den letzten Jahren die Diskussion um die Notwendigkeit tiefgreifender Transformationen von Wirtschaft und Gesellschaft intensiviert und vertieft. Für uns ist klar: Es bedarf einer völligen Umgestaltung der Wirtschaft, die alle Branchen und Unternehmen erfasst, und einer Veränderung der Lebensweise der gesamten Bevölkerung. Die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen von Produktion und Konsum müssen an den ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen ausgerichtet werden.



Antje Grothus in Duisburg, 2. April 2019

Ein lokales Bündnis aus AkteurInnen aus Gewerkschaften, Umwelt- und anderen sozialen Bewegungen hatte im Frühjahr 2013 eine Veranstaltungsreihe zum Thema: „Jenseits des Wachstums – für den sozialen, ökologischen und demokratischen Umbau“ auf die Beine gestellt. Angestoßen hatte dazu die Duisburger Stiftung für Umwelt, Gesundheit und Soziales.

Aus diesen Aktivitäten entstand eine Veranstaltergemeinschaft, die bis zum heutigen Tag aktiv ist und zahlreiche Vorträge, Diskussionen, Radiosendungen und Podcasts gestaltet hat. Alle Aktivitäten haben das Ziel, die Ursachen, Wirkungsmechanismen und Folgen der ökologischen und sozialen Krise zu vermitteln und den Stand von Diskussion und Praxis zu deren Überwindung darzustellen.

Unter den bisher eingeladenen Gästen befanden sich: Niko Paech, Hermann Mahler, Markus Henn, Antje Grothus, Dorothee Saar, Irene Knoke, A.G. Saño, Claudia Kemfert, Fabian Scheidler, Brigitte Kratzwald, Uta von Winterfeld, Winfried Wolf und Rolf Schwermer.

Commons – Gemeingüter

ein neues Betriebssystem für Krisen geschüttelte kapitalistische Gesellschaften

Mit der Referentin Silke Helfrich hat ATTAC Niederrhein eine ausgewiesene Kennerin der Wirtschaftsform „Commons“ eingeladen. Lebendig und verständlich führte sie uns ein in ein Wirtschaftssystem jenseits des freien Marktes und Kapitalismus, das die Ressourcen Knappheit künstlich herstellt, wie wir insbesondere zurzeit vor Augen geführt bekommen.

Gas wird knapp, weil unsere Regierenden den Gaslieferanten düpieren. (Das soll keine Aussage über die Ukraine Krise sein, sondern nur ein deutliches Beispiel der Gegenwart für künstliche Verknappung von Ressourcen.)



Silke Helfrich am 25. September 2012 in Wesel

Dagegen sagen die Befürworter/ innen der Commons: Es ist genug für alle da. Mit Commons ist ein bedürfnisorientiertes Wirtschaften möglich, durch das alle das Notwendige zum Leben bekommen.

Als Commons werden kulturelle wie naturelle Ressourcen bezeichnet, die gemeinschaftlich bewirtschaftet, produziert oder gepflegt werden. Das können Güter wie der Boden oder freie Software sein, sie können sowohl lokal bestehen – wie ein Stadtteilgarten –, als auch global – wie die Erdatmosphäre. Was ein Commons ist und was nicht, liegt aber nicht an der Sache selbst, sondern daran, wie wir mit ihr umgehen. Wenn Gemeingüter zur Ware werden, stehen sie nicht mehr denjenigen zur Verfügung, die sie brauchen und nutzen wollen, sondern nur noch denjenigen, die sie sich leisten können. Das System der Commons will nicht das Gleichgewicht von Markt und Staat neu ausbalancieren, sondern alternative, selbstverwaltete Prozesse anleiten. Das Recht, andere von dem, was da ist, auszuschließen oder es ihnen zu verkaufen, also nur gegen Geld anzubieten, gibt es dabei nicht.

Bei gesichertem Ressourcenzugang sind Menschen selbst motiviert, tätig zu werden und etwas zur Gemeinschaft beizutragen. Commons entstehen so durch Kooperation, bei der die Güter und Ressourcen gemeinsam produziert oder erhalten werden.

Damit liegt dieses gemeinschaftliche Wirtschaften quer zu Vorstellungen von Privateigentum und Konkurrenz. Commons sind eine Alternative dazu, bei der sich der Besitz über die Nutzung und

Teilhabe bestimmt. Diese spannende Veranstaltung bewegt uns noch heute und regt uns an, alternative Wege zu gehen.

Exkurs zur Geschichte des Eigentums:

Bis zum Mittelalter gab es kein Eigentum an Land, es wurde zur Selbstversorgung gemeinsam genutzt. Beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit um etwa 1500 hat sich der Adel die Ländereien angeeignet, indem er das Land mit Zäunen und Mauern einhegte. Durch diese Privatisierung entzog er den Bäuer/innen die Lebensgrundlage, da sie das Land nun nicht mehr wie zuvor gemeinschaftlich bewirtschaften konnten. Dies geschah nicht ohne Widerstand, die Einhegung wird heute als einer der Gründe für den Deutschen Bauernkrieg im Jahr 1524 angeführt. Ohne Land mussten die Bäuer/innen ihre Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen, um ihre Existenz zu sichern. Damit wurden sie zu doppelt freien Arbeiter/innen, wie Karl Marx es nennt: frei, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, aber auch frei von Produktionsmitteln – ohne Commons.

Vom Kampf ums Sozialticket zum 9 Euro Ticket

Die Einführung von Hartz IV ist ein Schlag ins Gesicht der unteren Einkommensgruppen.

Bus und Bahn fahren lässt der arg kleine Regelsatz nur bedingt zu.

In Dortmund, Köln und Unna gründen sich erfolgreich Initiativen, die für die betroffenen BürgerInnen ein Sozialticket fordern.

Attac Niederrhein folgt 2008 deren Beispiel und startet einen ersten Aufruf, den nicht nur zahlreiche Einzelpersonen, sondern auch VertreterInnen aus Politik, Kirchen, Sozialverbänden, Arbeitslosenzentren und Gewerkschaften unterzeichnen.



Schwarzfahraktion im Juni 2009

Es folgen Foren, Debatten und unzählige Gespräche mit den zuständigen Behörden. Die UnterstützerInnen nehmen zu – der Erfolg nicht. Die Kreise Wesel und Kleve zeigen sich hartleibig. Unsere Anträge werden abgelehnt. Die Begründung vom Kreis Wesel lautet: Die Einführung eines Sozialtickets wäre mit höheren Personal- und Sachkosten verbunden.

Mit kreativen Aktionen, Pressemitteilungen und immer wieder Bürger*innenanträgen bleiben wir am Ball und erreichen, dass der VRR am 1. November 2011 ein Pilotprojekt „Sozialticket“ startet. Es kostet allerdings 29,90 Euro und ist nur im Stadtgebiet (Preisstufe A) gültig. Ein neues Ticket also,

aber kein Sozialticket! Obwohl das Land NRW dafür jährlich 40 Millionen Euro zur Verfügung stellt – solange es eine politische Mehrheit findet.

Nach vielen weiteren Aktionen und der unglaublich geringen Nutzer*innenquote (Kreis Wesel, Januar 2012: 0,8%) reagiert der VRR-Verwaltungsrat. Ab Januar 2013 gilt dieses Ticket kreisweit. Eine unserer Kernforderung ist erfüllt: „Die Kreisstadt muss von allen Orten im Kreis mit diesem Ticket erreichbar sein!“

Das Sozialticket aber bleibt unsozial: der Preis wurde regelmäßig erhöht; seit der Einführung acht mal. Ab 1. Januar 2022 kostet das Ticket 39,80 €. Das entspricht einer Preissteigerung von mehr als 33% innerhalb von 10 Jahren.

Mit Einzug der schwarz-gelben Koalition auf die Regierungsbank steht die Streichung der Zuschüsse für das Sozialticket ins Haus. Sie muss ihren Entschluss aber 2020 unter den bürgerschaftlichen Protesten rückgängig machen.

Die Sozialticket-Initiativen haben sich zwischenzeitlich landesweit im „Bündnis Sozialticket NRW“ zusammengeschlossen: von Kleve bis Wuppertal, von Dortmund bis Düsseldorf hat sich Widerstand formiert.

Dennoch trägt das Sozialticket in NRW zu Unrecht seinen Namen. Es ist nach wie vor zu teuer und wird daher wenig genutzt. (2018 lag die Nutzer*innenquote im Kreis Wesel bei 5,3 %). So bleibt unsere Forderung bestehen: nur ein günstiges Sozialticket gewährleistet jeder/m den Zugang zur Mobilität, wie sie in unserer mobilen Gesellschaft unerlässlich ist.

Für die Politik entlarvend ist in dem Kontext, dass unter den Bedingungen der Ukraine Krise plötzlich und ohne lange Debatten ein 9- Euro Ticket möglich wird. Wenn auch nur übergangsweise. Der Preis jedenfalls zeigt die von uns geforderte Richtung an.

Gesundheit ist keine Ware

Selten ist es gesamtgesellschaftlich so deutlich geworden wie während der Corona Pandemie: Gesundheit ist ein kostbares Gut. Sie zu schützen, zu erhalten oder wiederherzustellen gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge, für die wir unsere Steuern zahlen.

Jedoch mussten wir in der Pandemie mit ansehen, wie Krankenhäuser geschlossen wurden und die Patientinnen und Patienten in den restlichen Krankenhäusern kaum mehr versorgt werden konnten aufgrund ihrer gestiegenen Zahl durch Coronakranke.



Gesundheitsaktion im April 2021

Das ist das Erbe der Privatisierungskampagne, die unzählige öffentliche Krankenhäuser in private Betreiberhände gab. Privatisierung wurde als Lösung aller Probleme im Gesundheitswesen gefeiert und man glaubte, auch hier werde der freie Markt alles richten.

ABER: Gesundheit ist keine Ware!

Die Pandemie offenbarte, wie schlecht die Krankenhausversorgung unter privaten Betreibern geworden ist: zu wenig Krankenhäuser, zu wenig Pflegepersonal und Ärzte*innen. Allesamt schlecht bezahlt. So arbeitet der freie Markt. Im Gesundheitswesen kann das tödlich sein.

Deshalb fordert ATTAC:

Fallpauschalen durch bedarfsgerechte und kostendeckende Finanzierung ersetzen
Pflegeberuf aufwerten und entlasten: Mindestens 50.000 Vollzeitstellen mehr und 500€ mehr Lohn im Monat

Krankenhäuser dürfen keine Gewinne machen und sollen möglichst in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft sein.

Bedarfsorientierte Klinikplanung: keine Krankenhäuser schließen, nur weil sie unwirtschaftlich sind

Flächendeckende Versorgung sichern: Kliniken zur Grundversorgung auf dem Land erhalten

Impfpatente freigeben: Führt den TRIPS-Waiver (Rechtsanspruch auf eigene Produktion) ein.

ATTAC Niederrhein hat sich der Kampagne angeschlossen, Unterschriftenaktionen zum Thema gestartet und Veranstaltungen angeboten.

Dagmar Paternoga referierte zu dem Grundsatzthema: „Gesundheit ist keine Ware!“ Sie ist ein Grundrecht“. Viele Menschen wurden davon angesprochen. Ergänzend dazu haben wir zum Film „Der Marktgerechte Patient“ eingeladen.

In anderem Kontext führte Dr. Heike Knops ein in die „Feministische Bioethik“- gerade die problematischen Seiten von Bio- und Gentechnik werden oft vernachlässigt.

FRAUEN* bei attac-niederrhein

Frauen* organisieren Solidarität und schaffen Veränderungen. Frauen* sind in vielen Bewegungen, auch in Attac, immer noch unterrepräsentiert, bzw. ihre Stimmen bleiben ungehört. Die Überwindung von patriarchalen Strukturen und Sexismus sowie eine Feminisierung von Politik werfen viele Fragen auf. Um diese Strukturen und unsere eigene Situation zu reflektieren, treffen wir uns im Kreise der Frauen* bei attac-niederrhein.



Die regelmäßigen Frauen*treffen bei attac-niederrhein dienen dazu, sich auszutauschen und zu beraten.

Bisherige Veranstaltungen fanden statt zum Thema „Feministische Bioethik“ mit Dr. Heike Knops und „Frauen brauchen Land um darauf Nahrungsmittel anzubauen“ mit Bärbel van Doornick. Zudem gab es eine Buchbesprechung zu „Feminismus für die 99%“ Ein Manifest von Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser.

Themen, die in attac diskutiert werden, reflektieren wir aus einer feministischen Sicht. Wir planen gemeinsame Aktivitäten und Aktionen. Wir suchen die Vernetzung mit anderen Teilen der Frauen*bewegung.

Wir nehmen Teil an den Diskussionen und Aktivitäten die innerhalb des Attac-FLINTA*plenums stattfinden.

FLINTA* steht für (cis-)Frauen, Lesben, intersexuelle Menschen, trans Menschen, agender: Menschen. * Das Sternchen stellt darauf ab, dass es viele weitere Ein- und Zuordnungen hinter (biologischem),sex' und (sozialem),gender' gibt.

Wir sind eine offene Gruppe und freuen uns über weitere interessierte Frauen*.

Attac gegen Rechts

Der Erfolg rechter Parteien in der Bundesrepublik war kein plötzliches Ereignis, sondern die Folge einer zunehmend autoritären Form der neoliberalen Globalisierung. Gruppen von Menschen werden immer mehr nach ihrer Verwertbarkeit, ihrer Nützlichkeit und Effizienz bewertet. Diese Prinzipien sind immer stärker in die Lebenswelt von Menschen eingedrungen und haben in allen Schichten zu einem sozialdarwinistischen Denken geführt. Gruppen, die den Ansprüchen des ökonomischen Denkens nicht gewachsen sind, werden abgewertet und diskriminiert. Dazu zählen u.a. Harz4ler, Flüchtlinge, Obdachlose oder Behinderte. So wurde nach der Wiedervereinigung die gesamte Lebensleistung vieler Menschen im Osten entwertet. Viele dieser Menschen haben das Gefühl, in der Politik keine Stimme zu haben und nicht wahrgenommen zu werden. Dieses Unterlegenheitsgefühl nutzen rechte Gruppen wie Pegida und AfD durch ihre nationale Orientierung aus. Das „Deutschsein“ tritt an Stelle der Hoffnungslosigkeit und wertet diese Menschen scheinbar gegenüber Muslimen, Juden, Homosexuellen, Sinti und Roma, etc. auf.



attac-Niederrhein hat seit seiner Gründung die Entwicklung verschiedener rechtsextremer Gruppen am Niederrhein verfolgt und sie mit Aktionen und Veranstaltungen begleitet. Von der neofaschistischen NPD über ProNRW und Pegida bis zur nationalautoritären AfD.

Um die Jahrtausendwende hatte sich eine rechtsextreme Szene in Hamminkeln gebildet, die vor allem durch Prügeleien und Angriffe auf Migrantinnen und Migranten auffiel. In Bocholt wurde der Verdi-Sekretär und Kreissprecher der Linken Rainer Sauer regelmäßig von Neonazis massiv bedroht.

Nach dem ersten gescheiterten Verbotsverfahren 2003 und Wahlerfolgen in Ostdeutschland (Sachsen 2004) witterte die NPD Morgenluft und versuchte ab 2007, auch am Niederrhein Fuß zu fassen. Mit Infoständen und Aufmärschen versuchte sie, weitere aktive Akteure zu rekrutieren. Um ihre rassistische Ideologie gegen eine multikulturelle Gesellschaft zu verbreiten, war auch der Aufbau eines NPD-Schulungszentrums am Niederrhein geplant.

Attac-Niederrhein hatte zu diesem Zeitpunkt bereits das „Weseler Aktionsbündnis gegen Rechts“ mitbegründet, an dem sich zahlreiche, vor allem junge Menschen aus Wesel und Umgebung beteiligten. So wurden die Aktivitäten der NPD im Kreis Wesel von massiven Protesten begleitet und die Neonazis konnten ihre Infostände nur unter Polizeischutz aufstellen. Aufgrund der starken Gegenwehr zog sich die NPD in Wesel zurück.

In den Folgejahren beteiligten sich die Mitglieder von attac-Niederrhein aktiv an zahlreichen Veranstaltungen und Demonstrationen gegen ProNRW, Pegida und AfD in der ganzen Bundesrepublik. Eigene Veranstaltungen in Wesel mit dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und der Initiative „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ waren Teil der Bildungsveranstaltungen von attac-Niederrhein.

Attac ist Mitglied beim Bündnis "Aufstehen gegen Rassismus!". In dem Bündnisaufruf heißt es: „Wir stehen für eine offene und gerechte Gesellschaft. Wir lassen nicht zu, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen Solidarität, Zusammenhalt und ein besseres Leben für alle!“

Klimagerechtigkeit - Klimawandel - fossile Energien

Das Zeitfenster wird immer kleiner, in dem die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden kann. Wir erleben verheerende Dürren und Hungersnöte, Gletscherschmelze und Artensterben sowie die Zunahme von Überflutungen, Waldbränden und extremen Hitzewellen.

Besonders betroffen sind in Armut lebende Menschen und dies insbesondere in Ländern des Globalen Südens. Während wir in den reichen Industrieländern die Schäden abfedern oder uns an die Folgen des Klimawandels leichter anpassen können.

Klimagerechtigkeit ist nicht nur eine Frage der CO₂-Reduktion. Die Konzentration auf CO₂ als einziges Maß aller Dinge verstellt vielfach den Blick auf die Bedürfnisse der Menschen und die Vielfalt der Natur und unserer Lebensweisen. Wir brauchen eine grundlegende Transformation hin zu einer Gesellschaft, in der die Sorge für den Planeten und unsere Mitmenschen im Fokus steht.

Attac-Niederrhein hat sich schon früh nach der Gründung mit den Themen Klimagerechtigkeit, Klimawandel und Nutzung fossiler Energie befasst.

Im Vorfeld des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 gab es Veranstaltungen zum „Klima der Ungerechtigkeit“ mit Chris Methmann und „Warum große Stromkonzerne keinen Klimaschutz machen“ mit Sabine Zimpel.

Zeitgleich liefen viele Aktionen und Demos rund um das im Bau befindliche Steinkohlekraftwerk Duisburg Walsum und das noch im Jahre 2010 geplante neue Steinkohle-Kraftwerk des Stadtwerkekonsortium Krefeld. In dieser Zeit wurde das Klimabündnis-Niederrhein gegründet, gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, politischen Parteien und engagierten Einzelpersonen. Nach gemeinsamen Aktionen gab es einen schönen Erfolg: das Kraftwerk in Krefeld wurde nicht mehr gebaut.

Nach den enttäuschenden Ergebnissen von Kopenhagen gab es ein verstärktes Engagement gegen die Braunkohlegewinnung in Nordrhein-Westfalen. Das Braunkohlerevier im Rheinland ist die größte CO₂-Quelle Europas. Bei einem der ersten Klimacamps im Rheinland 2011 am Tagebau Hambach war das Klimabündnis-Niederrhein aktiv und gezeichneter Mitunterstützer. Klimacamps sind Orte der Vernetzung und Bildung verschiedener Menschen und Gruppen, die sich für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Orte, an denen Alternativen gelebt werden und Protest durch direkte Aktionen und zivilen Ungehorsam Nachdruck verliehen werden kann. Attac-Niederrhein organisierte eigene Bildungsveranstaltungen hierzu.

Weitere Aktionen wie Demos, Mahnwachen und Spaziergänge wurden begleitet rund um den vom Braunkohleabbau bedrohten Hambacher-Forst, einer der ältesten Urwälder Deutschlands. Später weiteten sich die Proteste dann aus zum Tagebau Garzweiler, zum Schutz für die vom Abriss betroffenen Dörfer. Aktuell besonders betroffen ist derzeit der Ort Lützerath. Hier graben die

Braunkohlebagger in weniger als 400 m Entfernung zum Ort in die wertvolle Landschaft. Häuser, Bäume, Ackerflächen und Weideflächen werden Tag für Tag unwiederbringlich zerstört.

Aktuell geht es bei uns auch um den Erhalt des Sterkrader Waldes und somit gegen den Ausbau der A3 am Autobahnkreuz Oberhausen.

Parallel liefen Veranstaltung und Gespräche gegen die Nutzung von „Blutiger Steinkohle aus Kolumbien“ durch RWE und STEAG.



ATTAC Demo in Lützerath im August 2022

Die Beteiligung der regionalen kommunalen Stadtwerke an der STEAG wurde heftig mit anderen Gruppen diskutiert.

Eine WeAct-Petition gegen den Kauf der Vattenfall Braunkohle-Kraftwerke in der Lausitz durch die STEAG hatte 2016 große Aufmerksamkeit erregt. Kundgebungen vor den Türen verantwortlicher Politiker in Dinslaken, Duisburg und Dortmund hatten mit dazu beigetragen, den Kauf zu verhindern.

In 2013 gab es die erste regionale Veranstaltung gegen das Fracking im Kreis Wesel und Kreis Kleve mit Gabriele Obschernicat.

Viele Anti-Atom-Aktionen wurden mitorganisiert und begleitet,

-am Zwischenlager in Ahaus und der Uran-Anreicherungsanlage in Gronau

-am Standort in Duisburg-Wanheim, wo schwach- und mittel-radioaktive Materialien bis 2020 konditioniert wurden

- Demos weit weg in Berlin vor dem Bundestagsgebäude

- Aktivitäten ganz in der Nähe nach dem Reaktorunfall in Fukushima

- vor Ort in Wesel wurde die Gruppe „NEW“ (Netzwerk Energiewende Wesel) gegründet und anderswo die Anti-Atomgruppe-Geldern

Neu dazugekommen sind die Aktivitäten auf regionaler Ebene mit den „Fridays for Future“ und anderen Gruppen im Bündnis „Weseler Klimaschützer*innen“. Hier haben wir als letztes den Weckruf „Mehr Tempo beim Klimaschutz“ an die Politik und die Bürger*innen in Wesel formuliert und diskutiert.



Weseler Klimaschützerinnen fordern Klimanotstand 2019

Migration / Asyl / Geflüchtete

Anstoß zu vermehrtem Engagement im Bereich Migration gab 2013 ein Hilferuf von Marga Roth aus Rees wegen unhaltbarer Bedingungen in der dortigen Flüchtlingsunterkunft. Frau Roth engagierte sich schon seit Jahren für Geflüchtete; später entwickelte sich hieraus die Flüchtlingsinitiative "Fremde werden Freunde". Im Kreis Kleve war - zumindest damals - Rees das Schlimmste, was einem als Geflüchtetem passieren konnte: "Die Stadt Rees am Niederrhein ist das Bayern Nordrhein-Westfalens: Aus rein ideologischen Gründen hält sie als eine der letzten Gemeinden bundesweit an einem so genannten "Shopsystem" für Flüchtlinge fest. Statt Bargeld erhalten Flüchtlinge Punkte, mit denen sie in einem speziellen Shop überteuerte Lebensmittel einkaufen können." (GGUA Flüchtlingshilfe). Der Einkauf in dem genannten Shop war nur 2x in der Woche möglich und die Lebensmittel teilweise faul. Als Behausung dienten Container außerhalb im Industriegebiet auf dem Gelände einer ehemaligen Müllkippe, sehr heiß im Sommer und kalt im Winter, teilweise von Schimmel befallen, und Integrationsbemühungen gab es faktisch nur durch Ehrenamtliche.



Es gab also viel zu tun:

Podiumsdiskussionen wurden initiiert mit bezeichnenden Titeln wie "Asyl auf der Kippe" und mit regional aber auch überregional bekannten Persönlichkeiten und Fachleuten wie Birgit Höhn (Grüne Kr. Kleve), Barbara Hendricks (damals SPD-Bundestagsabgeordnete), Birgit Naujoks (Flüchtlingsrat NRW), Gerrit Hermanns (Caritas Kevelaer) und Mechtild Bielenberg-Keller (Flüchtlingsrat Kreis Kleve). Ebenso gab es Filmvorführungen und Vorträge zu den Themen Seenotrettung, Fluchtursachen, Abschiebung, Abschiebehaft und Frontex und eine Aufführung des Theaterstücks "So heiß gegessen wie gekocht - Klimakatastrophe mit Musik" der Berliner Compagnie.

Die nach und nach abgerungenen Verbesserungen konnten sich sehen lassen:

Geflüchtete, vorrangig Familien, können inzwischen auch in normale Wohnungen innerhalb der Stadt einziehen, auf dem Gelände im Industriegebiet wurde ein festes Haus gebaut und seit dem 1.4.2016 gibt es eine hauptamtliche Koordinierungsstelle "Ehrenamt und Flüchtlingshilfe".

Vor Ort in Rees hat sich also vieles verbessert, europa- und weltweit leider nicht:

Weiterhin sterben Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer, weiterhin schieben wir die Verantwortung den Ländern an Außengrenzen Europas zu und paktieren mit Diktatoren wie Erdogan, weiterhin bestehen Fluchtursachen wie Krieg und Klimaerwärmung und verschärfen sich teilweise sogar. Es gibt also noch viel zu tun!

Wohnen ist ein Menschenrecht!

"Wohnen ist ein Menschenrecht!" - Das klingt gut, das Recht auf Wohnen steht auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Art. 25 und ebenfalls in 7 Landesverfassungen (in NRW nicht!), kann aber nicht als individuelles Recht eingeklagt werden. Weltweit variiert der Wohnraum zwischen Käfigmensen in Hongkong, wo

bis zu 30 Personen auf 30 qm leben und dem - allein genutzten? - Einfamilienhaus, mal ganz abgesehen von Luxusapartements und -villen. Innerhalb Deutschlands ist der durchschnittliche Quadratmeter-Verbrauch pro Person von 15 qm (50er Jahre) auf 47,7 qm (2021) gewachsen: "In Deutschland werden immer mehr und immer größere Wohnungen gebaut. [...] Gründe liegen vor allem in der zunehmenden Zahl der Single-Haushalte und dem Anstieg der Wohnfläche mit zunehmendem Alter." (Umweltbundesamt, Thema Wohnfläche, 05.11.2021). Zudem wird Wohnraum immer teurer, sowohl bzgl. der Grund- als auch der Nebenkosten.



Um Wohnen sowohl ökologisch als auch sozial zu gewährleisten, müsste und ließe sich einiges ändern:

- Reform des Bodenrechts weg von Eigentum hin zum Nutzungsrecht;
- kein weiterer Verkauf öffentlichen Bodens, stattdessen Eigennutzung durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Erbpacht an Genossenschaften oder private Investor*innen; Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit;
- Enteignung und Dezentralisierung der privaten Wohnungskonzerne;
- Abschöpfung überschüssiger und Anlage suchender Vermögen durch eine sozialere Einkommens- und Vermögensbesteuerung;
- Umbau und Umnutzung mit Vorrang vor Neubau;
- energetische Sanierung von Bestandsbauten;
- Einrichtung von Wohnraumaustauschbörsen

Es gibt gute Lösungen – ATTAC zeigt sie auf und arbeitet daraufhin.

Und dann waren da noch weitere Aktionen und Proteste zu diversen Themen

- 2002 Cross Border Leasing in Wesel
- 2005 Das Hartz4 System
- 2005 Handyproduktion in Kamp Lintfort
- 2008 G7/G8 Proteste, Heiligendamm
- 2008 Banken und Menschenrechte
- 2009 Gründung des Klimabündnisses Niederrhein
- 2010 Private Public Partnership
- 2010 Stromnetze in Bürgerhand
- 2011 Kolumbiens Blutige Kohle
- 2011 Konzessionsvertrag für Strom in Wesel
- 2011 Gründung des Netzwerkes Energiewende Wesel
- 2011 Fukushima - Mahnwachen in Wesel
- 2013 Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und EPA
- 2013 Privatisierung der Wasserversorgung
- 2013 Schuldenkrise in Griechenland
- 2013 Gründung des lokalen Bündnisses „Jenseits des Wachstums – für den sozialen, ökologischen und demokratischen Umbau“
- 2014 Gründung der Initiative „TTIP Unfairhandelbar“
- 2016 Nato-Kriegsplanung in Kalkar
- 2018 Die Steuertricks von Google, Apple und Amazon
- 2019 Verbindliches Abkommen (Binding Treaty) für Wirtschaft und Menschenrechte
- 2021 Attac fordert Atomwaffenverbot
- 2022 Weckruf für mehr Klimaschutz